



Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,

ein spannendes Jahr 2017
hat begonnen und zwei
Sitzungswochen des

Deutschen Bundestages liegen schon wieder hinter uns.

Seit dieser Woche steht nun endgültig fest, dass am 24. September 2017 der 19. Deutsche Bundestag gewählt wird. Wir alle wissen, dass die Zeit bis dahin schnell vergeht und noch große Aufgaben vor uns liegen.

Wir als CDU sind gut aufgestellt. Wir sind unserer Linie treu geblieben und haben mit unserer Bundeskanzlerin an der Spitze gezeigt, dass wir das Schiff auch bei rauer See auf Kurs halten können. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen, einen Haushalt ohne Neuverschuldung, hohe Steuereinnahmen dank hoher Beschäftigungsverhältnisse, steigende Renten. Der Bund unterstützt die Kommunen finanziell wie seit Jahren nicht mehr. Deutschland geht es gut! Und damit das so bleibt, müssen wir weiter auf Kurs bleiben.

Dabei bin ich auf Ihre Unterstützung angewiesen. Reden Sie mit mir, sagen Sie mir „wo der Schuh drückt“. Ich werde mich weiterhin gern um Ihre Anliegen kümmern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Abgeordnete für den Wahlkreis Essen II

In dieser Ausgabe: Schwacher Gesetzentwurf zum Opferentschädigungsrecht | Sicherung des Fortbestands der Sozialkassen Bau
Jahreswirtschaftsbericht 2017 | Flurfunk... | Juttas Wochen in Essen

Schwacher Gesetzentwurf zum Opferentschädigungsrecht



Die vergangenen Wochen waren geprägt von den Eindrücken des Terroranschlags vom Breitscheidplatz. Wir trauern sehr und unsere Gedanken sind bei den Opfern, Verletzten und den Hinterbliebenen. Dazu zähle ich auch Freunde, Arbeitskollegen und Nachbarn, die allesamt mit den Eindrücken und dem Verlust umgehen müssen.

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist global, unberechenbar und trifft nicht nur mittelbar, sondern direkt die Bürgerinnen und Bürger, Besucher und somit uns alle, egal ob es Anschläge in Frankreich, in Istanbul, in Brüssel oder in Berlin sind. Wir sagen, diese Angriffe gelten uns allen. Denn die Täter meinen unsere Lebensweise, unsere Werte, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat, auf den wir wirklich stolz sein können.

Und die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaates ist gerade jetzt gefordert, mehr

als je zuvor. Wir müssen uns denjenigen entgegenstellen, die unseren Lebensstil mit Terror zerstören wollen und unsere von Werten getragene Gemeinschaft spalten wollen.

Wir müssen uns aber auch denjenigen entgegenstellen, die aus Terror Profit schlagen wollen und in angeblicher „Verteidigung des Abendlandes“ ebenfalls eine Abkehr vom Rechtsstaat und unserer Demokratie in Kauf nehmen, wenn nicht sogar beabsichtigen.

Selbstverständlich ist es unsere Pflicht, den Verletzten, den Hinterbliebenen und auch traumatisierten Augenzeugen jegliche notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Und wir als staatliche Gemeinschaft werden dieser Verantwortung gerecht.

Die verletzten Opfer und die Hinterbliebenen der Opfer und die des LKW-Fahrers Lukasz Urban erhalten – je nach Fall – Leistungen:

sie erhalten Leistungen z.B. Schmerzensgeld aus dem Entschädigungsfonds über die Verkehrsofferhilfe – hier werden die Ansprüche gegen den Kfz-Halter oder Eigentümer dem Entschädigungsfonds gegenüber geltend gemacht.

Veranstaltungshinweis

Podiumsdiskussion zum Thema:

**Gesundheitsversorgung -
Was können Therapeuten
(noch) leisten?**

Am 8. Februar 2017

um 17 Uhr

**im Ruhrturm Essen
(Huttropstraße 60,
45138 Essen)**

Die Bundesregierung will eine gute und zeitgemäße Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln. Wird ihr dies mit dem neuen Gesetz zur Heil- und Hilfsmittelversorgung gelingen? Diskutieren Sie mit und seien Sie dabei.

Anmeldung unter: 030/227-72567 oder per Mail: jutta.eckbach@bundestag.de



[Fortsetzung]

Sie erhalten Leistungen als Härteleistung für Opfer terroristischer Straftaten aus den Haushaltsmitteln des Bundestages, die vom Bundesamt für Justiz verwaltet werden.

Und sie erhalten Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) im Wege des Härteausgleichs. Sie erhalten den ganzen Umfang des Leistungsspektrums (u.a. einkommensunabhängige monatliche Grundrenten, einkommensabhängige monatliche Rentenleistungen zum Ausgleich wirtschaftlicher oder beruflicher Nachteile, und andere Leistungen).

Die Opfer und Hinterbliebenen erhalten Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz, obwohl im OEG in § 1 Schäden aufgrund tätlicher Angriffe durch ein Kfz ausgeschlossen sind. Dieser Ausschluss war und er ist auch weiterhin begründbar, wenn wir uns die Auswirkungen vorstellen

würden in Anbetracht der 45 Mio. PKW und der 2,8 Mio. zugelassener LKW in unserem Land.

Das OEG greift trotz Kfz-Ausschluss, da die Tat in ihrer Gesamtheit betrachtet werden muss. Und dazu gehört eben auch die Beschaffung des LKW mit dem Mord an Lukasz Urban. Hier beginnt ja bereits die Gewalttat, in deren weiteren Folge die vielen Opfer zu beklagen sind. Den Kfz-Ausschluss jetzt zurückzunehmen, macht in Kenntnis der Härtefallleistungen nach dem OEG, die möglich sind, keinen Sinn. Ich plädiere daher dafür, dass wir im aktuellen Fall das Hilfesystem wirken lassen.

Ich bin momentan der Überzeugung, dass die Hilfe ausreichend ist und dass sie auch wirklich vollumfänglich dem Entschädigungsgedanken entspricht.

Aber wir sollten - und das ist ja auch geschehen - mit Überbrückungsmechanismen und Aufstockungen Verbesserungen herbeiführen und vor allem dann alles in Ruhe analysieren. Eingebettet werden soll das in eine anstehende große Reform des sozialen Entschädigungsrechtes. Minimalistische Vorschläge wie dieser aktuelle magere Gesetzentwurf der Grünen bringen uns hier nicht weiter.

Sicherung des Fortbestands der Sozialkassen Bau

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat am Mittwoch einstimmig einen Gesetzentwurf zur Sicherung des Fortbestands der Sozialkassen im Baugewerbe beschlossen. Den Entwurf (18/10631) hatten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgelegt. Bereits am Montag dieser Woche unterstützte eine Mehrheit von Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses unter meinem Vorsitz das Vorhaben. Mit dem Gesetzentwurf reagieren die Fraktionen auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 21. September 2016, in dem die Wirksamkeit von Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE) des Tarifvertrags über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe für ungültig erklärt worden war. Diese vom BAG erkannte Unwirksamkeit sei geeignet, den weiteren Bestand der Sozialkassen zu gefährden und

damit Nachteile sowohl für Betriebe als auch Beschäftigte mit sich zu bringen. Denn die Kassen müssten damit rechnen, mit hohen Beitragsrückzahlungen konfrontiert zu werden. Um dies abzuwenden, sollen die bislang stets nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge, die dem Sozialkassenverfahren zugrunde liegen, beginnend mit dem 1. Januar 2006 "kraft Gesetzes mittels statischer Verweisung für alle Arbeitgeber verbindlich angeordnet werden". Das Gesetz schaffe damit eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Sozialkassenverfahren im Baugewerbe. Die Kassen könnten ausstehende Beiträge wieder einziehen, die Risiken aufgrund ausstehender Rückforderungsansprüche könnten abgewendet werden, heißt es im Entwurf. Das Gesetz soll einen Rechtsgrund für das Behaltendürfen der eingezogenen Beiträge im Sinn der





§§ 812 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches schaffen.

Fraktionsübergreifend herrschte in der Beratung Einigkeit über die dringliche Notwendigkeit einer solchen Regelung, um insbesondere den Fortbestand der SOKABAU, aber auch den anderer Sozial-

kassen zu sichern. Andernfalls wären Renten, Ausbildungs- und Urlaubsansprüche von hunderttausenden Beschäftigten oder ehemaligen Beschäftigten der Branche in Gefahr.

Das Gesetz wurde noch in dieser Woche vom Deutschen Bundestag beschlossen.

Jahreswirtschaftsbericht 2017

Der Jahreswirtschaftsbericht 2017 listet die wirtschaftspolitischen Reformen der Bundesregierung auf und enthält ihre aktuelle Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017. In diesem Jahr erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent, wobei der leichte Rückgang gegenüber 2016 (1,9 Prozent) vor allem auf den Effekt einer geringeren Anzahl

von Arbeitstagen in 2017 zurückzuführen ist. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird nach Erwartung der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt noch einmal um etwa 50.000 Personen zurückgehen. Der Bericht bestärkt uns darin, unsere erfolgreiche Politik wie oben dargestellt fortzusetzen, um Wohlstand für alle möglich zu machen.

Ressort - Vergabe der Bundesregierung

Am Freitag Vormittag wurden die neue Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und der neue Bundesaußenminister Sigmar Gabriel vereidigt.

Da beide Ministerien aufgrund der Koalitionsabsprachen in der Zuständigkeit der SPD liegen, werden diese Positionen

auch aus deren Reihen benannt und besetzt. Das gilt umgekehrt ebenso.

Entgegen einiger Äußerungen in den Medien sieht die Bundeskanzlerin nicht einfach nur zu, sondern verfolgt sehr aufmerksam die Einhaltung der Koalitionsvereinbarungen.

Flurfunk...



Am Dienstag wurde bekannt, dass meine Kollegin Anja Karliczek (Foto) neue Parlamentarische Geschäftsführerin unserer Fraktion im Deutschen Bundestag wird. Sie folgt damit auf Michaela Noll, die am Mittwoch zur neuen Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt wurde.

Die AG Ruhrgebiet, d.h. alle CDU-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet, trifft sich regelmäßig, um die Anliegen im „Pott“ zu besprechen. Am vergangenen Freitag Abend trafen wir uns „zu Hause“ und legten die Ziele für die kommende Legislatur fest. Mein vorderstes Ziel ist und bleibt die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit. Trotz vieler Maßnahmen auf Bun-



desebene bin ich mit den Ergebnissen für unsere Stadt noch nicht zufrieden. Es gibt weiterhin viel zu tun.



Bei einem Besuch des Ordnungsdirektoren der Stadt Essen Christian Kromberg und dem Leiter des Ordnungsamtes Jörg Stratenwerth in Berlin durfte auch ein gemeinsames Gespräch im Bundestag nicht fehlen. Die Bekämpfung von Kriminalität ist und bleibt unser gemeinsames Ziel.

Dass Geschichte sich nicht wiederholen darf wurde auch noch einmal bei der Gedenkstunde zum Holocaust am Freitag deutlich. Mit sehr bewegenden Worten wurde an die vielen Opfer erinnert.





Juttas Wochen in Essen (Montag 02.01. bis Sonntag, 15.01.2017)



Mein politisches neues Jahr begann am Sonntag mit dem Besuch des Neujahrsfestes der serbisch-orthodoxen Gemeinde St. Stephan in Stoppenberg.

Priester Dragan Čolaković lud den Oberbürgermeister Thomas Kufen und mich zum Mittagessen und einem geselligen Gemeindefest ein.

Am kommenden Montag ging es dann schon wieder in medias res und ich traf mich mit vielen Akteuren in Essen. So unter anderem mit Frau Dr. Marianne Kloke, die als Palliativmedizinerin auf die kommenden Herausforderungen hinsichtlich der besonderen Pflege von Menschen mit Behinderung aufmerksam machte. Hier werden weitere Aufgaben - auch für die Politik - auf uns zukommen.

Eine Firma, die Mitten im Leben steht besuchte ich im Rahmen meiner Unternehmenstour noch am selben Abend. Der Geschäftsführer Jörg Delveaux der Wilhelm Maas Group gab mir einen Einblick in die Arbeit seiner Firma und zeig-



te auch die Probleme hinsichtlich der Gewinnung von Nachwuchs und Fachkräften auf. Wichtig ist dem Geschäftsführer, dass die Menschen „wollen“. Hier bekommt jeder eine Chance, wenn er den Willen und den Ehrgeiz hat, Teil eines engagierten Teams zu sein. Ein Treffen mit dem neuen Regionaldirektor der AOK Rheinland/Hamburg Rainer Voss zeigte, welche Probleme die

Krankenkassen mit den Auswirkungen der Flüchtlingskrise zu bewerkstelligen haben.

Am nächsten Tag lies ich mich durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über den aktuellen Bearbeitungsstand hinsichtlich der Registrierung von Flüchtlingen in Essen informieren.



Anschließend besuchte ich das BMW-Autohaus am Berthold-Beitz-Boulevard und informierte mich über die Elektromobilität. Mit dem ökumenischer Neujahresempfang in der evangelischen Gemeinde in Schonnebeck neigte die Woche dem Ende.

In der ersten Sitzungswoche lies ich es mir nicht nehmen, kurz nach Essen zu reisen, um der Einladung zum Neujahres-



empfang des Kreishandwerkerschaft zu folgen.

Zwischen den Sitzungswochen wurde unsere Stadt mit einem riesigen Fest nun offiziell zur Grünen Hauptstadt ernannt.



Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567
Fax 030 227-76569

Büro Essen

Blücherstraße 1
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68
Fax 0201 80 6738 70

www.JuttaEckenbach.de

www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB

jutta.eckenbach@bundestag.de